

# Übersicht



Die Bürgermeisterin  
Hilden, den 18.01.2019  
AZ.: I/10.1-mau

WP 14-20 SV 10/067

## Beschlussvorlage

## Anträge der Fraktionen zu den Haushaltsplanberatungen

Für eigene Aufzeichnungen: Abstimmungsergebnis			
	JA	NEIN	ENTH.
SPD			
CDU			
Grüne			
Allianz			
FDP			
BÜRGERAKTION			
AfD			

öffentlich

Finanzielle Auswirkungen

ja

nein

noch nicht zu übersehen

Personelle Auswirkungen

ja

nein

noch nicht zu übersehen

### Beratungsfolge:

Personalausschuss

25.02.2019

Vorberatung

### Abstimmungsergebnis/se

Personalausschuss

25.02.2019

04 Änderungsantrag AfD Kommunalen Arbeitgeberverband  
20 Betreuungsschlüssel in der Flüchtlingshilfe anpassen  
23 Entfristung von Stellen in der flüchtlingsbetreuung  
25 Flüchtlingsbetreuung fachlich mit einer Stelle verstärken  
ÄL\_PA\_SV

**Beschlussvorschlag:**

Der Personalausschuss beschließt zum Haushaltsplan-Entwurf 2019 die in der Anlage aufgeführten Änderungen.

**Erläuterungen und Begründungen:**

Die bis zur Sitzung des Personalausschusses eingereichten Anträge der Fraktionen werden – zusammen mit den Stellungnahmen der Verwaltung - vorgelegt.

gez. Birgit Alkenings  
Bürgermeisterin

Hilden, 21.01.2019

### Antrag zum Haushalt 2019

**Produktnummer und Produktname:**

**Rubriknummer der Ergebnis- oder Finanzplanposition und ggf. Kostenart:**

**Investitionsnummer:**

**Änderungswunsch in €/welches Jahr:**

**Antrag:**

Die Mitgliedschaft im Kommunalen Arbeitgeberverband wird gekündigt.

**Begründung:**

Die hierfür entstehenden Aufwendungen sind unnötig. Die Stadt Hilden lässt sich bei Rechtsstreitigkeiten nicht kostenlos durch den Kommunalen Arbeitgeberverband vertreten, sondern schaltet kostenpflichtig Rechtsanwälte ein, die zudem nicht einmal Fachanwälte für Arbeitsrecht sind.

Entscheidend für diesen Antrag ist jedoch, dass mit einer Loslösung vom Kommunalen Arbeitgeberverband die künftige Gewinnung qualifizierten Personals erleichtert werden dürfte, da die Stadt dann nicht an das starre Tarifsysteem gebunden ist, sondern leistungsgerechte Entgelte mit den einzelnen Kandidaten aushandeln könnte. Das unflexible Tarifsysteem ist nicht geeignet, dauerhaft für quantitativ und qualitativ entsprechendes Personal bei der Stadt Hilden zu sorgen.

**Prof. Dr. Ralf Bommermann (AfD-Fraktionsvorsitzender im Rat der Stadt Hilden)**

20



Hilden, 26.01.2019

**Antrag zum Haushalt 2019**

**Produktnummer und Produktname:**

Stellenplan

**Rubriknummer der Ergebnis- oder Finanzplanposition und ggf. Kostenart:**

Flüchtlingsbetreuung

**Investitionsnummer:**

**Änderungswunsch in €/welches Jahr:**

**Antrag:**

Stellenplan: Betreuungsschlüssel in der Flüchtlingshilfe wieder auf 1 : 120 anheben

**Begründung:**

Um eine qualitativ umfassende Betreuung der geflüchteten Menschen dauerhaft gewährleisten zu können ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Fallzahlen des einzelnen Sozialarbeiters die 120 nicht übersteigen.

\_\_\_\_\_  
Unterschrift



Hilden, 26.01.2019

**Antrag zum Haushalt 2019****Produktnummer und Produktname:**

Stellenplan

**Rubriknummer der Ergebnis- oder Finanzplanposition und ggf. Kostenart:**

Flüchtlingsbetreuung

**Investitionsnummer:****Änderungswunsch in €/welches Jahr:****Antrag:**

Entfristung von drei Stellen in der Flüchtlingsbetreuung

**Begründung:**

Die dauerhafte Aufnahme von Flüchtlingen bedingt die konsequente und qualitativ anspruchsvolle Tätigkeit von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern. Dabei ist besonders darauf zu achten, dass Bezugspersonen nicht häufig wechseln, um den Erfolg der Integration nicht zu gefährden. Zudem soll den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Kontinuität im Arbeitsverhältnis signalisiert werden.

---

**Unterschrift**



Hilden, 26.01.2019

**Antrag zum Haushalt 2019****Produktnummer und Produktname:**

Stellenplan

**Rubriknummer der Ergebnis- oder Finanzplanposition und ggf. Kostenart:**

Flüchtlingsbetreuung

**Investitionsnummer:****Änderungswunsch in €/welches Jahr:****Antrag:**

1 Stelle in der Flüchtlingsbetreuung zur Unterstützung traumatisierter Menschen

**Begründung:**

Bei vielen Menschen zeigen sich Symptome der Traumatisierung erst nach längeren Phasen der Normalisierung im Alltag. Geflüchtete Menschen, die dauerhaft in Hilden leben werden von der Flüchtlingsbetreuung bei der Integration in den Alltag begleitet.

Dies geschieht bisher mit 5 Stellen.

Um eine fachliche Unterstützung für die besonderen Ansprüche dieser Gruppe leisten zu können soll eine weitere Stelle mit diesem Schwerpunkt geschaffen werden.

---

**Unterschrift**



## Änderungsliste 2019 ff. - Ergebnishaushalt

Antrag Nr.	Antragsteller	Verwaltung	Verweis auf Antrag
Amt	Produkt	010804	Personalservice
<b>1000</b>	Kostenträger	0108041000	Personalbetreuung inkl. Dienst-/arbeitsr. Maßnahm.
	Kostenart	414710	Zuschüsse von privaten Unternehmen f. Personal

	2019	2020	2021	2022
<b>Ansatz Entwurf:</b>	0,00	0,00	0,00	0,00
<b>Geplante Änderung:</b>	100.000,00	0,00	0,00	0,00
<b>Neuer Ansatz:</b>	100.000,00	0,00	0,00	0,00

	Dafür:	Dagegen:	Enthaltung:	Abstimmungsverhalten:
<b>PA</b>				
<b>H + F</b>				

### Erläuterungen Beschluss

#### Text Antrag

#### Stellungnahme bzw. Hinweis Verwaltung

Die Stadt Hilden wird ab dem 01.02.2019 eine Beamtin von der Telekom AG in Ihren Dienst übernehmen. Für diese Versetzung zahlt die Telekom AG der Stadt Hilden eine Versetzungsprämie in Höhe von 100.000,- €. Die Mitarbeiterin wird auf einer freien Stelle im Amt für Jugend, Schule und Sport eingesetzt.

## Änderungsliste 2019 ff. - Ergebnishaushalt

Antrag Nr.	<b>04</b>	Antragsteller	AfD	Verweis auf Antrag
------------	-----------	---------------	-----	--------------------

Amt	Produkt	010804	Personalservice
<b>1000</b>	Kostenträger	0108042080	Aufwendungen GUV und zentrale Personalbeiträge
	Kostenart	544400	Mitgliedsbeiträge etc.

	2019	2020	2021	2022
<b>Ansatz Entwurf:</b>	7.000,00	7.000,00	7.000,00	7.000,00
<b>Geplante Änderung:</b>	-3.960,00	-3.960,00	-3.960,00	-3.960,00
<b>Neuer Ansatz:</b>	3.040,00	3.040,00	3.040,00	3.040,00

	Dafür:	Dagegen:	Enthaltung:	Abstimmungsverhalten:
<b>PA</b>				
<b>H + F</b>				

### Erläuterungen Beschluss

#### Text Antrag

Die Mitgliedschaft im Kommunalen Arbeitgeberverband wird gekündigt.

#### Begründung:

Die hierfür entstehenden Aufwendungen sind unnötig. Die Stadt Hilden lässt sich bei Rechtsstreitigkeiten nicht kostenlos durch den Kommunalen Arbeitgeberverband vertreten, sondern schaltet kostenpflichtig Rechtsanwälte ein, die zudem nicht einmal Fachanwälte für Arbeitsrecht sind.

Entscheidend für diesen Antrag ist jedoch, dass mit einer Loslösung vom Kommunalen Arbeitgeberverband die künftige Gewinnung qualifizierten Personals erleichtert werden dürfte, da die Stadt dann nicht an das starre Tarifsystem gebunden ist, sondern leistungsgerechte Entgelte mit den einzelnen Kandidaten aushandeln könnte. Das unflexible Tarifsystem ist nicht geeignet, dauerhaft für quantitativ und qualitativ entsprechendes Personal bei der Stadt Hilden zu sorgen.

#### Stellungnahme bzw. Hinweis Verwaltung

Die Hauptaufgabe des KAV ist nicht die Unterstützung bei arbeitsgerichtlichen Verfahren. Wesentlicher ist die Beratung in allen arbeits- und tarifrechtlichen Fragen, so z. B. auch in den wesentlichen Fragen der Eingruppierung, der den gesetzlichen Vorschriften entsprechenden Ausschreibungen oder der Festlegung der Modalitäten des Leistungsentgeltes. Der KAV gibt regelmäßig aktualisierte Musterarbeitsverträge heraus, so dass die Mitglieder auch hier jederzeit auf dem neuesten Stand sind. Die Herausgabe von Kommentaren zum TVöD und allen anderen, für die Arbeitsvertragsverhältnisse relevanten Gesetzen ist ebenfalls von Bedeutung für die Mitglieder. Daneben werden die Mitglieder durch die Newsletter des KAV regelmäßig über neue Rechtsprechung informiert. Eine Kündigung der Mitgliedschaft zur Einsparung des Jahresbeitrages von 3.960 € stünde in keinem Verhältnis zu den hierdurch entfallenden Beratungs- und Informationsmöglichkeiten.

Ein Austritt aus der Tarifgemeinschaft ist unrealistisch, da die Stadt Hilden einen eigenen Tarifvertrag abschließen müsste.

## Änderungsliste 2019 ff. - Ergebnishaushalt

Antrag Nr.	Antragsteller	Verwaltung	Verweis auf Antrag
Amt	Produkt	021501	Maßnahmen zur Gefahrenabwehr
<b>3700</b>	Kostenträger	0215010010	Brandbekämpfung
	Kostenart	50xxxx	Personalaufwand

	2019	2020	2021	2022
<b>Ansatz Entwurf:</b>	1.101.065,00	1.116.336,00	1.129.347,00	1.149.818,00
<b>Geplante Änderung:</b>	182.000,00	182.000,00	182.000,00	182.000,00
<b>Neuer Ansatz:</b>	1.283.065,00	1.298.336,00	1.311.347,00	1.331.818,00

	Dafür:	Dagegen:	Enthaltung:	Abstimmungsverhalten:
<b>PA</b>				
<b>H + F</b>				

### Erläuterungen Beschluss

#### Text Antrag

#### Stellungnahme bzw. Hinweis Verwaltung

Finanzielle Auswirkungen, die sich aus der SV 10/068 ergeben. Es handelt sich um Kosten für den geänderten Bereitschaftsdienst der Feuerwehr.

## Änderungsliste 2019 ff. - Ergebnishaushalt

Antrag Nr.	Antragsteller	Verwaltung	Verweis auf Antrag
Amt	Produkt	021701	Maßnahmen Notfallrettung
<b>3700</b>	Kostenträger	0217010010	Notarzteinsätze
	Kostenart	50xxxx	Personalaufwand

	2019	2020	2021	2022
<b>Ansatz Entwurf:</b>	473.527,00	480.447,00	476.517,00	484.847,00
<b>Geplante Änderung:</b>	182.000,00	182.000,00	182.000,00	182.000,00
<b>Neuer Ansatz:</b>	655.527,00	662.447,00	658.517,00	666.847,00

	Dafür:	Dagegen:	Enthaltung:	Abstimmungsverhalten:
<b>PA</b>				
<b>H + F</b>				

### Erläuterungen Beschluss

#### Text Antrag

#### Stellungnahme bzw. Hinweis Verwaltung

Finanzielle Auswirkungen, die sich aus der SV 10/068 ergeben. Es handelt sich um Kosten für den geänderten Bereitschaftsdienst der Feuerwehr.

Antrag Nr.	<b>20</b>	Antragsteller	Bündnis90/Grüne	Verweis auf Antrag
------------	-----------	---------------	-----------------	--------------------

Amt	Produkt	050303	Hilfen nach AsylBLG
<b>5000</b>	Kostenträger	0503032000	Betreuung und Beratung
	Kostenart	50xxxx	Personalaufwand

	2019	2020	2021	2022
<b>Ansatz Entwurf:</b>	1.163.062,00	1.163.752,00	1.172.972,00	1.166.822,00
<b>Geplante Änderung:</b>				
<b>Neuer Ansatz:</b>				

	Dafür:	Dagegen:	Enthaltung:	Abstimmungsverhalten:
<b>SozA</b>				
<b>PA</b>				
<b>H + F</b>				

**Erläuterungen Beschluss**

**Text Antrag**

Stellenplan: Betreuungsschlüssel in der Flüchtlingshilfe wieder auf 1 : 120 anheben

**Begründung:**

Um eine qualitativ umfassende Betreuung der geflüchteten Menschen dauerhaft gewährleisten zu können ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Fallzahlen des einzelnen Sozialarbeiters die 120 nicht übersteigen.

**Stellungnahme bzw. Hinweis Verwaltung**

Aktuell sind 674 Flüchtlinge in den städt. Unterkünften untergebracht. Bei einem Schlüssel von 1:120 (der bislang bei der Bemessung immer schon maßgeblich war) wären ca. 5,62 VZK notwendig. Aufgrund einer aktuellen personellen Maßnahme sind derzeit nur 3,55 VZK im Produkt 050303 Asyl beschäftigt. Da die Stelle der SGL seit dem 24.01.2019 vakant ist, hat ein Sozialarbeiter die Tätigkeit kommissarisch in Zusammenarbeit mit der Amtsleitung mit einem Anteil von 0,5 VZK übernommen. Im Oktober d.J. wird eine weitere Mitarbeiterin aus der Elternzeit mit einem Anteil von 0,769 VZK zurückkehren. Bei Nachbesetzung der SGL und Rückkehr der Mitarbeiterin aus der ETZ wären dann in der zweiten Jahreshälfte voraussichtlich ca. 4,82 VZK besetzt. Vom Fachamt wird derzeit eine befristete Stellenbesetzung zur Deckung des Defizits angestrebt. Damit wird der Schlüssel von 1:120 dann wieder erfüllt.

Antrag Nr.	<b>23</b>	Antragsteller	Bündnis90/Grüne	Verweis auf Antrag
------------	-----------	---------------	-----------------	--------------------

Amt	Produkt	050303	Hilfen nach AsylBLG
<b>5000</b>	Kostenträger	0503032000	Betreuung und Beratung
	Kostenart	50xxxx	Personalaufwand

	2019	2020	2021	2022
<b>Ansatz Entwurf:</b>	1.163.062,00	1.163.752,00	1.172.972,00	1.166.822,00
<b>Geplante Änderung:</b>				
<b>Neuer Ansatz:</b>				

	Dafür:	Dagegen:	Enthaltung:	Abstimmungsverhalten:
<b>SozA</b>				
<b>PA</b>				
<b>H + F</b>				

**Erläuterungen Beschluss**

**Text Antrag**

Entfristung von drei Stellen in der Flüchtlingsbetreuung

**Begründung:**

Die dauerhafte Aufnahme von Flüchtlingen bedingt die konsequente und qualitativ anspruchsvolle Tätigkeit von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern. Dabei ist besonders darauf zu achten, dass Bezugspersonen nicht häufig wechseln, um den Erfolg der Integration nicht zu gefährden. Zudem soll den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Kontinuität im Arbeitsverhältnis signalisiert werden.

**Stellungnahme bzw. Hinweis Verwaltung**

Im gesamten Sachgebiet Besondere Soziale Dienste, Außenstelle Herderstraße, sind derzeit 3 Sozialarbeiter/innen unbefristet und 3 weitere befristet tätig. Davon entfallen auf das Produkt 050303 Hilfen nach dem AsylBLG 1,0 VZK auf unbefristet und 2,55 VZK auf befristet Beschäftigte. Weiterhin sind 0,769 VZK unbefristet vergeben, wobei sich die Stelleninhaberin derzeit in Elternzeit befindet. Die Befristungen laufen mind. bis 28.02.2021 und längstens bis 31.08.2021, so dass durchaus längerfristige Vertragsbindungen bestehen. Eine Entfristung aller Arbeitsverträge hätte die Einrichtung von zusätzlichen Vollzeit-Stellen nach EG S 11 b zur Folge. Dies wäre zwar grundsätzlich zu begrüßen, um die Mitarbeiter/innen langfristig halten zu können. Im Hinblick auf die nach wie vor unsichere Entwicklung der Flüchtlingszahlen sollte die Stadt jedoch mind. zum Teil weiter auf befristete Arbeitsverträge setzen. Insofern sollte die bisherige Verteilung beibehalten werden.

Antrag Nr.	<b>25</b>	Antragsteller	Bündnis90/Grüne	Verweis auf Antrag
------------	-----------	---------------	-----------------	--------------------

Amt	Produkt	050303	Hilfen nach AsylBLG
<b>5000</b>	Kostenträger	0503032000	Betreuung und Beratung
	Kostenart	50xxxx	Personalaufwand

	2019	2020	2021	2022
<b>Ansatz Entwurf:</b>	1.163.062,00	1.163.752,00	1.172.972,00	1.166.822,00
<b>Geplante Änderung:</b>				
<b>Neuer Ansatz:</b>				

	Dafür:	Dagegen:	Enthaltung:	Abstimmungsverhalten:
<b>SozA</b>				
<b>PA</b>				
<b>H + F</b>				

**Erläuterungen Beschluss**

**Text Antrag**

1 Stelle in der Flüchtlingsbetreuung zur Unterstützung traumatisierter Menschen

**Begründung:**

Bei vielen Menschen zeigen sich Symptome der Traumatisierung erst nach längeren Phasen der Normalisierung im Alltag. Geflüchtete Menschen, die dauerhaft in Hilden leben werden von der Flüchtlingsbetreuung bei der Integration in den Alltag begleitet. Dies geschieht bisher mit 5 Stellen.

Um eine fachliche Unterstützung für die besonderen Ansprüche dieser Gruppe leisten zu können soll eine weitere Stelle mit diesem Schwerpunkt geschaffen werden.

**Stellungnahme bzw. Hinweis Verwaltung**

Die Einrichtung einer Stelle für die zielgerichtete Betreuung traumatisierter Menschen aus Krisengebieten wäre sicherlich wünschenswert, zumal Herr Dr. Hipp vom Sozialpsychiatrischen Dienst des Kreisgesundheitsamtes ab dem 01.02.19 nicht mehr in Hilden tätig sein wird. Er hat mitgeteilt, dass er davon ausgeht, dass keine Nachfolge zur Verfügung stehen wird.

Die Stellungnahmen der LVR Klinik helfen in diesem Zusammenhang nur bedingt weiter, da die LVR Klinik in jedem Fall die wünschenswerten und nicht nur die notwendigen Ziele/Wünsche unterstützt. D.h. die Beurteilung der individuellen Unterstützungsbedarfe bei Traumatisierten wird deutlich erschwert, insbesondere im Hinblick auf die spezielle Wohnsituation in Hilden (zu wenige Sozialwohnungen, Verbleib in Unterkünften über mehrere Jahre auch bei Anerkennung als Asylbewerber). Die derzeit tätigen Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen haben für Traumatisierte und deren zielgerichtete Betreuungsmöglichkeiten und Notwendigkeiten keine Ausbildung. Eine Sozialarbeiterin hat jedoch vor ihrer Tätigkeit bei der Stadt Hilden in einer Wohngruppe für traumatisierte (gewaltgeschädigte) Kinder gearbeitet.

Es ist allerdings zu beachten, dass es sich hier um eine über das notwendige Maß hinausgehende freiwillige Leistung handelt, die wiederum eine Ausweitung des Stellenplans und des städt. Haushalts zur Folge hat und für die es keine Refinanzierung gibt. Zudem muss berücksichtigt werden, dass ohne Aufbau von ausreichend stationären und institutionellen Angeboten für traumatisierten Menschen eine reine Betreuung vor Ort als wirkungslos verpufft.

Antrag Nr. <b>B11</b>	Antragsteller Bürger	Verweis auf Antrag
-----------------------	----------------------	--------------------

Amt Produkt alle Alle Produkte  
 Kostenträger  
 Kostenart

**2019                      2020                      2021                      2022**

**Ansatz Entwurf:**  
**Geplante Änderung:**  
**Neuer Ansatz:**

	Dafür:	Dagegen:	Enthaltung:	Abstimmungsverhalten:
<b>PA</b>				
<b>H + F</b>				

**Erläuterungen Beschluss**

**Text Antrag**

Versuch Personalkosten im Verwaltungsbereich zu reduzieren

**Stellungnahme bzw. Hinweis Verwaltung**

Die Verwaltung wendet bereits seit Jahren mehrere Instrumente zur Realisierung möglicher Stellen- und Personalkosteneinsparungen an. So sind mehrere interne und externe Organisationsuntersuchungen durchgeführt worden und es werden bei Stellenvakanzen regelmäßig Wiederbesetzungsprüfungen vorgenommen. Auch eine Überprüfung der wahrzunehmenden Aufgaben – Aufgabenkritik – in 2017/18 hatte zum Ziel, künftig auf die Wiederbesetzung von Stellen bzw. Stellenanteilen verzichten zu können. Alle diese Maßnahmen haben zu Stelleneinsparungen, insbesondere in der inneren Verwaltung, geführt. Dem stehen allerdings Aufgabenerweiterungen und gestiegene rechtliche Anforderungen gegenüber, die im Ergebnis noch stärkere Stellenzuwächse erfordern. Dies gilt z.B. für die Kindertagesstätten, die nachmittägliche Schülerbetreuung (OGS), den allgemeinen Sozialen Dienst und die Feuerwehr mit dem Rettungsdienst. Dies führt, zusammen mit den Tariferhöhungen, im Ergebnis zu einem weiterhin ansteigenden Bedarf an Stellen und Personalkosten.